

<b>Zeitschrift:</b>	Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
<b>Herausgeber:</b>	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
<b>Band:</b>	87 (2009)
<b>Heft:</b>	4
<b>Artikel:</b>	Vom "Neuen Menschen" zur "Sonderperiode" : 50 Jahre Kubanische Revolution
<b>Autor:</b>	Koller, Christian
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-342176">https://doi.org/10.5169/seals-342176</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Vom «Neuen Menschen» zur «Sonderperiode»: 50 Jahre Kubanische Revolution

Christian Koller

Als am 8. Januar 1959 die Rebellenarmee unter Fidel Castro in Havanna einzog, bedeutete dies nicht nur das Ende des jahrelangen Kampfes gegen den Diktator Fulgencio Batista, der die kubanische Hauptstadt eine Woche zuvor fluchtartig verlassen und sich mit 40 Millionen Dollar im Gepäck in die Dominikanische Republik abgesetzt hatte, sondern auch den Beginn eines inzwischen ein halbes Jahrhundert andauernden politischen und gesellschaftlichen Experiments. Unmittelbar vor der Haustüre der Vereinigten Staaten bildete sich ein betont antikapitalistischer Staat heraus, der in der Atmosphäre des Kalten Krieges fast unweigerlich in die Armee der Sowjetunion getrieben wurde, dessen geostrategische Position die Welt im Jahre 1962 an den Rand eines atomaren Weltkrieges brachte und der auch nach dem Kollaps des Kommunismus in Osteuropa nicht klein bei gab.

Seit seiner Unabhängigkeit von der spanischen Kolonialmacht im Jahre 1898 war der Inselstaat eng mit dem «Grossen Bruder» im Norden verbunden gewesen. Nachdem die kubanische Unabhängigkeitsbewegung im seit 1895 andauernden Krieg gegen die Kolonialmacht, die mit äusserst brutalen Umsiedlungsmassnahmen vergebens versucht hatte, die Aufständischen in die Knie zu zwingen, bereits eine gewissen Verhandlungsbereitschaft seitens der Spanier ertrotzt hatte, mischten sich 1898 die USA in den Konflikt ein, besiegten die Spanier und besetzten die Insel. Als Kuba 1902 endlich eine Verfassung bekam, enthielt diese einen Zusatzartikel («Platt-Amendment»), der den Vereinigten Staaten ein Recht auf militärisches Eingreifen zusicherte, falls sie ihre Interessen oder amerikanisches Eigentum auf Kuba in Gefahr sahen, und ihnen zudem einen Militärstützpunkt in der Guantánamo-Bucht einräumte. Zwischen 1906 und 1919 intervenierten die USA mehrfach militärisch auf Kuba und griffen direkt in dessen Innenpolitik ein.

Von 1925 bis 1933 regierte der von namhaften amerikanischen Grosskonzernen unterstützte General Gerardo Machado, dessen Regime vom ersten Tag an äusserst repressiv war. Nach Machados Sturz durch eine Volksbewegung stieg rasch ein anderer Militär, Sergeant Fulgencio Batista, zum neuen starken Mann der Zuckerinsel auf. 1933 bis 1939 war er Oberbefehlshaber der Armee, von 1940 bis 1944 Staatspräsident. Als getreuer Verbündeter der USA machte er Kuba zu einem Dorado für Kapitalanleger, Casino-Barone und Mafiapaten. 1952 putschte er sich kurz vor den Präsidentschaftswahlen erneut an die Macht und errichtete nun eine offene Diktatur. Der junge Rechtsanwalt Fidel Castro, Mitglied der reformo-

rientierten, aber antikommunistischen Partei der «Orthodoxos», klagte daraufhin Batista vor dem Obersten Gerichtshof wegen Macht usurpation an – erfolglos.

Castro hatte sich bereits als Student politisch betätigt und 1947 an dem Versuch teilgenommen, den Diktator der Dominikanischen Republik, Rafael Trujillo, zu stürzen. Das Vorhaben scheiterte, da die Expeditionsschiffe von der kubanischen Kriegsmarine abgefangen wurden. Castro entzog sich einer Verhaftung, indem er von Bord sprang und drei Meilen zur Küste schwamm. Nachdem seine Klage gegen Batista zurückgewiesen worden war, erklärte Castro, dass nun das verfassungsmässig verankerte Widerstandsrecht nach Ausschöpfung aller legalen Mittel in Kraft getreten sei, und bereitete den gewaltsamen Sturz des Diktators vor. Der Plan umfasste einen Angriff auf die Moncada-Kaserne, um dem kubanischen Volk ein Signal zum Aufstand zu geben. Am 26. Juli 1953 versuchten 129 Männer und Frauen die Kaserne mit einer Besatzung von 810 Soldaten zu stürmen. Der Versuch scheiterte, machte Castro aber landesweit bekannt. Sechs Angreifer und 16 Soldaten wurden getötet. Die meisten gefangen genommenen Rebellen wurden auf Batistas Befehl sofort erschossen, einige wenige, darunter Fidel und Raúl Castro, aber vor Gericht gestellt. Am 16. Oktober 1953 fand die öffentliche Gerichtsverhandlung statt, die Batista hatte vermeiden wollen. Seine ein umfassendes sozialreformerisches Programm skizzierende Verteidigungsrede schloss Castro mit den berühmt gewordenen Worten: «Verurteilen Sie mich ruhig; das ist bedeutungslos, die Geschichte wird mich freisprechen!» Castro wurde zu 15 Jahren Zuchthaus auf der Isla de Pinos verurteilt. Nach einer massiven politischen Kampagne zur Freilassung politischer Gefangener erliess Batista aber nach den Wahlen von 1955 eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen.

Daraufhin verliess Castro Kuba, um in Mexiko kubanische Oppositionelle zu sammeln und auf einen militärischen Aufstand gegen Batista vorzubereiten. Während dieser Zeit traf er unter anderem auch den argentinischen Arzt Ernesto «Che» Guevara, der sich seiner Bewegung anschloss. In der Nacht des 25. November 1956 verliessen 82 Kämpfer der «Bewegung des 26. Juli» an Bord der Yacht «Granma» den Hafen von Tuxpan mit Ziel Kuba, wo sie am 2. Dezember anlangten. Im ersten Gefecht nach der Landung wurde die Mehrzahl der Rebellen getötet oder festgenommen. Die Überlebenden, unter denen sich Fidel und Raúl Castro sowie Che Guevara befanden, zogen sich in die unwegsame Gegend der Sierra Maestra zurück. Es folgte ein über zweijähriger Guerillakampf in den Bergen der Sierra Maestra, in dessen Verlauf die Bewegung des 26. Juli immer mehr Kämpfer rekrutieren und immer grössere Erfolge gegen die Armee verbuchen konnte. Auch in den kubanischen Städten führten zahlreiche kleine Gruppen von Aufständischen den Kampf gegen Batista. Hingegen blieb die Kommunistische Partei Kubas angesichts der vielen Antikommunisten unter den Rebellen zunächst skeptisch und hielt sich zurück. 1958 begannen die Rebellen ihre Schlussoffensive gegen die von den jahrelangen Kämpfen zermürbte Diktatur. In zwei Abteilungen wurden der Ost- und der Westteil der Insel erobert; der Einzug in Havanna vollendete Anfang 1959 den Sieg der Revolution.

Der zukünftige politische und gesellschaftliche Weg Kubas blieb zunächst unklar und war auch unter den Anführern der Revolution umstritten. Als Sofortmassnahmen wurden im März 1959 die Mieten und die Telefongebühren massiv gesenkt. Im Mai wurde ein Landreformgesetz verabschiedet. In diesen Wochen und Monaten verkündete Castro in seinen Reden immer wieder, er sei kein Kommunist, aber auch gegen den Kapitalismus und kündigte baldige demokratische Wahlen an. Das zunächst unentschiedene Verhältnis zu den USA sollte sich in dessen rasch verschlechtern. Im Zuge der Landreform und der Verstaatlichung amerikanischer Vermögenswerte protestierten die USA bereits 1959 und forderten Entschädigungen.

Im Februar 1960 nahm Kuba mit der Sowjetunion Handelsbeziehungen auf. Die östliche Supermacht wurde rasch zu einem wichtigen Abnehmer kubanischen Zuckers, Kreditgeber und Lieferanten billigen Öls. Als die amerikanischen Raffinerien auf Kuba sich weigerten, sowjetisches Öl zu raffinieren, wurden Ende Juni 1960 alle ausländischen Ölraffinerien verstaatlicht. Bereits einen Monat zuvor hatten die USA ihre jährliche Wirtschaftshilfe in der Höhe von 200 Millionen Dollar eingestellt. Am 13. Oktober 1960 verhängten sie dann ein Handelsembargo gegen Kuba. Weiter drückten die Vereinigten Staaten in den Folgejahren den Zuckerpreis auf den internationalen Märkten und unterstützten Sabotagen insbesondere gegen die kubanische Zuckerindustrie. Im Januar 1962 wurde Kuba auf Druck der USA aus der «Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)» ausgeschlossen.

Die Annäherung des revolutionären Kuba an den Kommunismus wurde insbesondere von Che Guevara vorangetrieben, der Leiter der kubanischen Nationalbank und dann auch Industrieminister geworden war. Im Sommer 1960 besuchte Guevara Maos China und unterzeichnete dort einen Handelsvertrag. Ende 1960 bereiste er die kommunistischen Staaten Tschechoslowakei, Sowjetunion, wo er gegen den Willen der Führung unter Chruschtschow am Grabe Stalins Blumen niedergelegt, Nordkorea, DDR und Ungarn und schloss auch mit diesen Ländern Handels- und Kreditvereinbarungen ab. Auch das politische System Kubas orientierte sich zunehmend am sowjetischen Modell. Im Juli 1961 entstanden die «Integrierten Revolutionären Organisationen (ORI)» aus der Verschmelzung von Castros Bewegung des 26. Juli mit der Kommunistischen Partei. Im März 1962 wurde aus der ORI die Vereinigte Partei der Kubanischen Sozialistischen Revolution, aus der wiederum im Oktober 1965 die Kommunistische Partei Kubas als Staatspartei hervorging. Enttäuscht von der Revolution und begünstigt von einer grosszügig gehandhabten Immigrationsregelung wanderten in den ersten Jahren nach 1959 etwa 10 Prozent der kubanischen Bevölkerung in die Vereinigten Staaten aus, darunter nahezu die komplette Oberschicht.

Namentlich in Florida bildeten die Exilkubaner bald eine einflussreiche anti-castristische Lobby. Bereits im April 1960 autorisierte der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower das CIA, Exilkubaner in den USA zu bewaffnen und militärisch auszubilden. Am 15. April 1961 bombardierten die USA, nunmehr unter

der Präsidentschaft John F. Kennedys, drei kubanische Luftwaffenstützpunkte. Am folgenden Tag erklärte Castro «die Tatsache, dass unsere Revolution eine sozialistische Revolution ist». Die amerikanische Reaktion kam postwendend. Am 17. April kurz nach Mitternacht landete mit Hilfe von U.S. Army und CIA die Brigade 2506, eine von den USA und Exilkubanern finanzierte Militäreinheit aus rund 1500 Söldnern, an der Schweinebucht im mittleren Süden Kubas. Sie sollten einen Flughafen dort so lange besetzt halten, bis die in Miami gebildete Exilregierung gelandet war und einen Hilferuf um Unterstützung gesendet hatte – die Legitimation für das Eingreifen der US-Armee. Vorbild der Aktion war die Operation PBSUCCESS, mit der das CIA 1954 in Guatemala den demokratisch gewählten, linksgerichteten Präsidenten Jacobo Arbenz gestürzt hatte, dessen Landreformpläne den Interessen des US-Lebensmittelkonzerns «United Fruit Company» zuwiderliefen. Doch Castro war auf die Aktion vorbereitet, die bis zum 20. April 1961 niedergeschlagen wurde. Die gescheiterte Invasion in der Schweinebucht festigte die kubanische Revolution, die vorher noch auf wackligen Beinen gestanden hatte. Als Reaktion auf den Invasionsversuch wurden die bereits angelaufenen Enteignungen verschärft und sämtliches amerikanisches und sonstiges ausländisches Eigentum auf Kuba, das bis dahin noch bestanden hatte, entschädigungslos verstaatlicht.

Als nächstes entwickelte die Kennedy-Administration die Operation «Mongoose», in deren Zentrum die Ermordung Fidel Castros stand. 400 Beamte, Offiziere und Geheimdienstler machten sich zu dem Mordkomplott Gedanken und entwickelten Ideen wie den Einsatz explodierender Füllfederhalter und Zigarren, vergifteter Medikamente, bakterienverseuchter Taschentücher oder kontaminierte Kleidungsstücke. Für den Transport der Mordinstrumente sollte mit der amerikanischen Mafia zusammengearbeitet werden. Auf Kuba selber arbeitete sogar Fidels Schwester Juanita Castro als Spionin für das CIA, bevor sie 1964 ins amerikanische Exil ging. Gemäss kubanischen Angaben wurden auf Castro 638 Attentate verübt, zu immerhin acht Mordversuchen hat sich das CIA bekannt. Auch nach Vorwänden für eine US-Militärinvasion wurde gesucht. Nachgedacht wurde etwa über vorgetäuschte Sabotageakte im Umkreis der US-Basis Guantánamo und fingierte Luftzwischenfälle, beispielsweise den Abwurf von Brandsätzen aus Ostblock-Produktion auf Zuckerrohrfelder in mittelamerikanischen Anrainerstaaten durch US-Jagdbomber mit kubanischem Anstrich oder die Sprengung einer ferngesteuerten leeren Passagiermaschine über der Karibik, die der Weltöffentlichkeit als Attacke der kubanischen Luftwaffe auf ein mit amerikanischen Studenten besetztes Flugzeug verkauft werden sollte. Erst Kennedys Nachfolger Lyndon Johnson stoppte 1964 diese James-Bond-Spiele.

Nach der Schweinebucht-Operation stationierte die Sowjetunion Atomraketen auf Kuba, die unter anderem zur Abschreckung künftiger amerikanischer Invasionen dienten. Da die USA an der türkisch-sowjetischen Grenze ebenfalls Atomraketen stationiert hatten, sah die Sowjet-Führung in diesem Schritt ein Gleichziehen im Sinne der Abschreckungsdoktrin des Kalten Krieges. Die Entdeckung sowje-

tischer Raketenbasen auf Kuba im September 1962 schien der gesuchte Anlass für einen amerikanischen Angriff auf Kuba zu sein. Im Oktober verhängten die USA eine totale Blockade über die Insel und bedrohten auf dem freien Meer sowjetische Handelsschiffe mit Warnschüssen. Die Welt schien sich am Rande eines Atomkriegs zwischen den USA und der Sowjetunion zu befinden. Zentral für die Lösung der Kubakrise war, dass sowohl Kennedy als auch Chruschtschow sich der Tragweite ihrer Entscheidungen bewusst waren. Beide versuchten, alle Entwicklungen unter Kontrolle zu behalten, dem politischen Gegner Zeit für seine Entscheidung zu geben und nicht blind auf die Ratschläge ihrer militärischen Berater zu vertrauen. Nach Geheimverhandlungen zum Abbau amerikanischer Atomraketen in der Türkei stimmten die Sowjets zu, auch die Raketenbasen auf Kuba zu eliminieren. Außerdem mussten die USA zusichern, keine weiteren Angriffe auf Kuba vorzubereiten. Als weitere Konsequenz der Kubakrise wurde 1963 der so genannte «Heisse Draht» eingerichtet, eine direkte Fernschreibverbindung zwischen dem Weissen Haus und dem Kreml.

In die Jahre unmittelbar nach der Kubakrise fiel die zunehmende Entfremdung zwischen Che Guevara und dem Rest der Revolutionsführung unter Fidel Castro. Guevaras Anspruch, den «Neuen Menschen» weniger mit materiellen Anreizen als mit moralischen Ansprüchen, Selbstdisziplin und auch Gewalt zu erzwingen, führte zu erheblichen Konflikten. An der Inhaftierung und Hinrichtung zahlreicher politischer Gegner, die nach amerikanischen Angaben mehrere Tausend Menschen betraf, in den Jahren unmittelbar nach der Revolution war Guevara massgeblich beteiligt. Seine Wirtschaftspolitik war indessen wenig erfolgreich. Als Industrieminister ohne grosses Fachwissen versuchte er die reine Lehre der Planwirtschaft umzusetzen. Freiräume für private Kleinunternehmen lehnte er aus ideologischen Gründen ebenso ab wie eine Lohndifferenzierung nach Leistung. Die Zuckerproduktion ging unter Guevaras Ägide um ein Drittel zurück, die Getreideproduktion halbierte sich. Bereits 1962 kritisierten tschechoslowakische Wirtschaftsexperten eine mangelhafte Umsetzung der Planwirtschaft. Zudem fiel zunehmend auch Guevaras kritische Distanz zur poststalinistischen Sowjetunion ins Gewicht. Der Bewunderer Stalins glaubte in Chruschtschows Entstalinisierung ein Nachlassen des revolutionären Elans erkennen zu müssen und war auch über das vorsichtige Taktieren des Kremls in der Kubakrise enttäuscht.

Im sich abzeichnenden Konflikt zwischen der Sowjetunion und Maos China schien Guevara zunehmend auf der Seite des letzteren zu stehen, während Fidel Castro in seinem Pragmatismus klar auf den «Grossen Bruder» im Kreml setzte. 1964 hielt Guevara als Leiter der kubanischen Delegation vor der UN eine Rede, in der er sich zur revolutionären Gewalt als Mittel der internationalen Politik bekannte und die Übertragung der kubanischen Revolution auf andere Länder forderte. Im folgenden Jahr äusserte er beim Besuch einer afrikanisch-asiatischen Solidaritätskonferenz in Algerien Vorbehalte gegenüber der Sowjetunion. Nach der Rückkehr nach Kuba trat Guevara zur allgemeinen Verwunderung von seinen Ämtern zurück und von der öffentlichen Bühne ab. In der Folge versuchte er vergeblich, in anderen

Ländern das kubanische Revolutionsmodell voranzutreiben, zunächst im Kongo, dann in Bolivien, wo er 1967 von Regierungssoldaten gefangen genommen und kurz darauf erschossen wurde. Bald wurde er als Märtyrer und Idol der 68er-Bewegung und der lateinamerikanischen Linken von Bedeutung. Das Portrait «Guerrillero Heroico» erfreute sich in den folgenden Jahrzehnten als Pop-Ikone einer weltweiten Vermarktung.

In den folgenden zwei Jahrzehnten konsolidierte sich das revolutionäre Kuba als integraler Bestandteil des «östlichen» Lagers und profitierte dabei stark von den privilegierten Handelsbeziehungen zur Sowjetunion und den osteuropäischen Volksrepubliken. Dies ermöglichte den Aufbau eines Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystems, das in Lateinamerika seinesgleichen sucht. Jedem kubanischen Bürger garantierte der Staat freie medizinische Versorgung, die durch eine hohe Ärztedichte sichergestellt wurde. Als Resultat ging die Säuglingssterblichkeit stark zurück und stieg die Lebenserwartung an. Auch die Alphabetisierung wurde energisch vorangetrieben und erfasste praktisch die ganze Bevölkerung. Das Bildungssystem gehörte bald zu den besten Lateinamerikas. Das Studium wurde kostenlos, allerdings mussten alle Studenten nach ihrem Abschluss drei Jahre lang für den Staat einen Sozialdienst ableisten und wurden – wie auch in der Sowjetunion üblich – regelmässig zu landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen. Das kubanische Hochschulwesen zeichnete sich durch ein im internationalen Vergleich hohes studentisches Niveau in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften und Sprachen sowie durch den höchsten Frauenanteil in ganz Lateinamerika aus. Auf der Negativseite standen anhaltende, wenn auch im lateinamerikanischen Vergleich nicht herausragende Menschenrechtsverletzungen. 1965 wurden unter dem Namen «Militärische Einheiten zur Unterstützung der Produktion» Arbeitslager eingerichtet, mit deren Hilfe «konterrevolutionäre» Einflüsse aus Teilen der Bevölkerung ausgemerzt werden sollten. «Soziale Abweichler» aller Art, einschliesslich Homosexueller, sollten in diesen Einrichtungen auf den «revolutionären» Weg gebracht werden. Auch wurde um Castro ein intensiver Personenkult aufgebaut. Der «Máximo Líder», zumeist in Uniform gekleidet, war nicht nur in den Medien und durch oft mehrstündige Reden in der Öffentlichkeit präsent, sondern etwa auch auf unzähligen Postern, Plakaten, Bildern und Briefmarken.

Die kubanische Revolution definierte sich von Beginn weg internationalistisch und verstand sich als Exportartikel. Schon in den 60er-Jahren engagierte sich Kuba in der südlichen Hemisphäre militärisch und zivil und unterstützte afrikanische, lateinamerikanische und asiatische Länder auf militärischem, medizinischem und pädagogischem Gebiet. Der grösste aussenpolitische Coup in Lateinamerika war der Sturz des nicaraguanischen Somoza-Regimes durch die von Kuba unterstützten Sandinisten im Jahre 1979. Weniger erfolgreich war die Unterstützung anderer lateinamerikanischer Untergrundbewegungen. Hingegen konnte die kubanische Aussenpolitik in Afrika, wo sie insgesamt 17 Befreiungsbewegungen und linksgerichtete Regierungen unterstützte, eine ganze Reihe von Erfolgen feiern, so in Äthiopien, Guinea-Bissau und Mosambik.

Eine besondere Stellung nahm das bereits in den 60er-Jahren beginnende Engagement in Angola ein, wo Kuba zunächst den Kampf der Unabhängigkeitsbewegung MPLA gegen die portugiesische Kolonialmacht unterstützte. Nachdem 1975 die Nelkenrevolution das faschistische Regime in Portugal gestürzt hatte und sich die Kolonialmacht überraschend schnell aus Afrika zurückzog, marschierte die südafrikanische Armee mit geheimer Zustimmung der Vereinigten Staaten in Angola ein, um die prowestlichen Organisationen UNITA und FNLA zu unterstützen. Daraufhin begann Kuba ohne Abstimmung mit der Sowjetunion eine massive Intervention zugunsten der MPLA, die zur Regierungsübernahme der linksgerichteten Rebellenbewegung führte. Ende der 80er-Jahre intervenierte Kuba erneut im südlichen Afrika, um der südafrikanischen Unterstützung der rechtsgerichteten Rebellenbewegung UNITA und dem Kampf der südafrikanischen Armee gegen die namibische Unabhängigkeitsbewegung SWAPO entgegenzutreten. Die Intervention kulminierte in der für Südafrika verlustreichen Schlacht bei Cuito Cuanavale, die in Afrika allgemein als eine entscheidende Niederlage des Apartheidregimes wahrgenommen wurde. In der Folge unterzeichneten Angola, Kuba und Südafrika am 22. Dezember 1988 in New York ein Dreimächteabkommen, welches den Rückzug Südafrikas, die Unabhängigkeit Namibias und den Abzug der kubanischen Truppen innerhalb von 30 Monaten vorsah.

Der Zusammenbruch des Ostblocks löste dann eine katastrophale Wirtschaftskrise aus, hatte die kubanische Ökonomie doch zuvor stark auf der Wirtschaftshilfe aus Osteuropa und den für Kuba sehr günstigen Austauschbeziehungen im Rahmen des «Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe» der kommunistischen Staaten beruht. Die Lieferungen von billigem Erdöl aus der Sowjetunion wurden 1991 eingestellt. Im folgenden Jahr konnte Kuba aufgrund von Devisenknappeit nur noch rund 10 Prozent des Öls von vor dem Zerfall der Sowjetunion importieren. Der Ölengpass führte schnell zu einem starken Abfall der Produktivität, sowohl in der Landwirtschaft, als auch in der Industrie. Bald kam es auch zu Nahrungsmittelknappheit, die sich jedoch nicht zu einer Hungerkatastrophe ausweitete. Zwischen 1989 und 1992 schrumpfte die kubanische Wirtschaft um etwa die Hälfte. Der Außenhandel ging von 1989 bis 1993 um etwa 75 bis 80 Prozent zurück, der Export von Zuckerrohr sackte von 5,4 Milliarden auf 1,2 Milliarden Dollar ab. Im Jahre 1994 war die Einfuhr von Treibstoff gegenüber 1989 um rund zwei Drittel zurückgegangen.

Hinzu kam trotz, oder vielleicht wegen des Endes des Kalten Krieges eine Verschärfung der amerikanischen Embargopolitik. Der «Torricelli Act» von 1992 verbot auch ausländischen US-Tochterunternehmen den Handel mit Kuba und berechtigte den US-Präsidenten, Hilfen für Staaten zu streichen, welche mit Kuba kooperierten. Diese Verschärfung des Embargos kam vor dem Hintergrund der wichtigen Rolle des «Swing State» Florida mit seiner starken exilkubanischen Kolonie für die Wahlentscheidung bei den Präsidentschaftswahlen zustande. 1996 verabschiedete der amerikanische Kongress dann den «Helms-Burton

Act», der die Embargoschraube nochmals anzog. Aufgrund darauf folgender internationaler Proteste wurde ein Teil dieses Gesetzes wieder entschärft.

Als Reaktion auf die unbequeme Situation rief die kubanische Regierung Anfang der 90er-Jahre den «Periodo especial en tiempo de paz» (Sonderperiode in Friedenszeiten) als eine Art wirtschaftlichen Notstand aus. Die neue Politik war gekennzeichnet durch wirtschaftliche Reformen, die ein gewisses Mass an Liberalisierung beinhalteten, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des kommunistischen Machtmonopols und dem Anspruch, die Sozialsysteme nicht zu beschneiden. Im Jahre 1993 wurde der zuvor streng verbotene Besitz des US-Dollars legalisiert und zur Erschliessung neuer Devisenquellen insbesondere der Tourismus gefördert. 1995 erfolgte eine Liberalisierung der Investitionen ausländischer Wirtschaftsunternehmen, welche einen Investitionsschub nach sich zog. Aufgrund des Booms der Tourismuswirtschaft konnte der Bedeutungsverlust des Zuckerrohranbaus aufgefangen werden. Die landwirtschaftliche Produktion wurde diversifiziert, indem ehemalige Zuckerrohrfelder, die aufgrund des Endes des Öl-für-Zucker-Programms mit der Sowjetunion nicht mehr bebaut wurden, neu für den Frucht- und Gemüseanbau genutzt wurden.

All dies entspannte die Situation merklich. Insgesamt blieb der Lebensstandard der kubanischen Bevölkerung aber deutlich unter dem Niveau von 1990. Zudem verstärkte die Entwicklung einer nach kapitalistischen Mechanismen funktionierenden parallelen Dollar-Wirtschaft auch die sozialen Spannungen. Selbst ungelerte Arbeiter in der Tourismusbranche erzielten plötzlich erheblich grössere Einkommen als etwa Ärzte oder Lehrer. So verdiente 1995 ein Arzt etwa 11 bis 12 Dollar im Monat, während ein privater Taxifahrer auf 100 bis 450 Dollar kommen konnte. Um diese enormen Ungerechtigkeiten zu vermindern, erliess die Regierung eine Reihe neuer Verbote und erhob Lizenzgebühren für Betriebe in der Tourismusbranche.

Zur leichten Erholung der kubanischen Wirtschaft am Ende der 90er-Jahre trug auch die zunehmende Kooperation mit Venezuela bei, wo der linksgerichtete und antiamerikanische frühere Offizier Hugo Chavez 1998 zum Präsidenten gewählt wurde und in der Folge sein Projekt der «bolivarianischen Revolution» startete. Hauptsächlich aus ideologischer Sympathie begann die venezolanische Regierung mit der Lieferung von Öl nach Kuba zu Vorzugskonditionen, während Kuba im Gegenzug Venezuela beim Aufbau seines Gesundheits- und Erziehungswesens unterstützte. 2005 gründeten die beiden Staaten die ALBA als Gegenprojekt zur US-dominierten Wirtschaftsgemeinschaft ALCA.

Als sich Fidel Castro im Sommer 2006 einer Magen-Darm-Operation unterziehen musste, gab er seine Ämter vorübergehend an seinen Bruder Raúl ab. Im Februar 2008 wurde Raúl Castro dann von der neu gewählten Nationalversammlung zum Vorsitzenden des Staats- und Ministerrates gekürt, nachdem Fidel zuvor angekündigt hatte, krankheitsbedingt nicht mehr für diese Ämter kandidieren zu

wollen. Raúl kündigte wirtschaftliche Reformen bei gleichzeitiger Beibehaltung des Sozialismus an. Bald danach wurde Kubanern die Übernachtung in den bisher für ausländische Touristen reservierten Hotels gestattet, ebenso der Besuch bisher gesperrter Touristikressorts, die Miete von Autos, der Abschluss von Mobilfunkverträgen und der Kauf von Geräten wie DVD-Playern und Mikrowelle. Auch wurde die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente verstärkt. Nach der Amtseinführung Barack Obamas erfolgte auch eine vorsichtige Annäherung zwischen den beiden seit einem halben Jahrhundert verfeindeten Staaten. Die USA lockerten ihr Embargo ein wenig und hoben die Beschränkungen für Reisen und Geldüberweisungen von Exilkubanern nach Kuba auf. Im Juni 2009 schliesslich widerrief die Generalversammlung der «Organisation Amerikanischer Staaten» den 1962 erfolgten Ausschluss Kubas. Der zukünftige Kurs des Landes nach dem seit einiger Zeit von einigen befürchteten, von anderen herbeigesehnten Ableben des Revolutionsführers bleibt indessen weiterhin offen.

Christian Koller, Jg. 1971, ist Senior Lecturer in Modern History an der Bangor University (Wales) und forscht u. a. zur Militär-, Arbeiter-, Rassismus- und Sportgeschichte.